

Liv. IV, 1,1-5

Leitfragen:

- 1) Warum ist den Plebejern an der Möglichkeit einer Heirat mit Patriziern gelegen?
- 2) Welche negativen Konsequenzen befürchten die Patrizier?
- 3) Welcher Mittel bedient sich der Senat, um die drohende Gesetzesänderung zu verhindern?

Kommentar:

Der bei Livius überlieferte Gesetzesvorschlag des Gaius Curtius aus dem Jahre 445 v. Chr. sollte die beiden Stände einander näherbringen und die immer noch erheblichen Standesunterschiede verringern. Heiraten boten seit jeher eine vortreffliche Möglichkeit, die eigene Stellung in der Gesellschaft zu sichern oder auszubauen. Mit Annahme dieses Gesetzes wäre es den Plebejern möglich gewesen, ihre Familien mit den altherwürdigen und mächtigen patrizischen Dynastien zu beiderseitigem Vorteil zu verbinden. Denn für verarmte Patrizier stellte die Heirat in eine begüterte Plebejerfamilie eine gute Möglichkeit zur Aufbesserung ihrer Finanzen dar. Insbesondere die Übernahme bestimmter politischer Ämter und der hierfür erforderliche Wahlkampf konnten sich auf ein Familienvermögen mitunter ruinös auswirken. Gleichzeitig war die politische Partizipation in Form der Legalisierung des plebejischen Konsulats ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung, der von den Patriziern naturgemäß kritisch gesehen wurde. Dennoch blieb es für die Plebejer schwierig, den Konsulat zu erreichen, da sie meist weder über die Verbindungen noch die finanziellen Mittel patrizischer Senatoren verfügten. Ersichtlich wird dies an der vergleichsweise geringen Anzahl von Konsuln aus dem plebejischen Stand während der Hochphase der römischen Republik. Die Patrizier wollten ihre Stellung nicht verlieren und nicht zu viele Standesvorteile gegenüber den Plebejern einbüßen. Nicht ganz unwichtig hierbei ist zu bedenken, wie viel den Römern Abstammung und Familientraditionen bedeuteten. Die Patrizier hielten sich für geeigneter zur Übernahme politischer Ämter und prädestiniert zur Führung der Staatsgeschäfte. Diese Einstellung erschwerte die Annahme des Gesetzesvorschlags. In der Quelle ist dies durch die Senatoren personifiziert, die unter dem Vorwand neuer Feindseligkeiten der Äquer und Volsker sowie der Städte Ardea und Veji den zu führenden Kriegen Priorität vor der *Lex Canuleia* einräumen. Sie übertreiben die Gefahren des Krieges, um der Bevölkerung den Willen zur Gesetzesänderung zu nehmen. Die Aushebungen der Soldaten für die Feldzüge tun ein Übriges,

die Menschen von einem Einsatz für Canuleius' Initiative abzuhalten. Dennoch wurde das Gesetz noch im gleichen Jahr gegen den Widerstand vieler patrizischer Senatoren verabschiedet.